

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Püger- und Stuchbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Jollerer, Fliesenleger, Ofenleger, Steinhölz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.- RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 Donkof 7650, 7651, 6240. Postk. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Sektore. Geschäftsangelegen nach Carlshof, Werber, Berlin SW 11.

Rückblick auf die Reichstagswahl.

Bei den Wahlen am 31. Juli sind — wie wir bereits in voriger Nummer melden konnten — die politischen Splitterparteien bis auf einige kümmerliche Rudimente auf der Strecke geblieben. Das war vorauszusetzen. Das deutsche Volksgütertum und der Mittelstand suchen heute ihr Heil bei Hitler. Dort fühlen sich die besonderen Interessentengruppen am besten aufgehoben. Das Hakenkreuz ist nunmehr das Symbol des reaktionären Bürgerblocks. Damit wäre die „proletarische“ Qualität der Nazi-Partei bereits voll und ganz gekennzeichnet...

Der Hauptkampf galt bei dieser Wahl der marxistischen Front. An ihr ist der Feldzug der Hakenkreuzjünger glatt abgeprallt. Die den Marxismus repräsentierenden Sozialdemokraten und Kommunisten brachten es 1928 — als die nationalsozialistische Welle zu fluten begann — zusammen auf 12,4 Millionen Stimmen; die letzte Reichstagswahl dagegen brachte diesen Parteien und 13,3 Millionen Stimmen. Auch der Zentrumsturm steht unerschüttert, ja, er hat sich bei dieser Wahl gefestigt.

Damit sind kurz die Widerstände aufgezeigt, an denen sich die nationalsozialistische Welle bricht. Die Nazis, die vor der Wahl große Bogen sprudeln und die Mehrheit im Reichstag bereits schnäuzigeln im Sack hatten, haben nur wenig mehr Stimmen erhalten als die bis in den Tod verhassten Marxisten. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will vom Hakenkreuzrummel nichts wissen. Nur 37,3% aller Wähler sind den Lockungen des Hakenkreuzes erlegen. Und dies trotz Ängsten, wüster Drohungen, schweinemäßiger Lügen- und Verleumdungen, trotz Revolver und Messer, die bei diesem Wahlkampf eine ganz besondere Rolle gespielt haben. Selbst wenn wir dieser Partei als Rechtsblock die Stimmen der sogenannten Deutschnationalen Volkspartei und aller noch vorhandenen rechtsstehenden Splittergruppen zurechnen, länden günstigstenfalls 283 Mandate der Reichstags 324 der Mittel- und Linksparteien gegenüber. Der neue Reichstag bietet damit ein ähnliches Bild wie der Deutsche Landtag. Nazis und Nazis haben die Mehrheit. Aber diese heissen „sozialistischen“ Parteien können angeführt der sie trennenden Lobschöpfung nie eine Regierung bilden. Nur in verdrückten Einzelfragen mögen sie zusammengehören können. Das aber wäre ihrer politischen Weisheit letzter Schluß. Auch alle rechtsstehenden Gruppen zusammengenommen können im Reichstag keine Mehrheit bilden, sie wäre — zunächst theoretisch — höchstens denkbar, wenn sich eine Regierungsmehrheit fände von Hitler bis Brüning. Ob es dazu kommt, steht noch sehr in Frage...

Jedenfalls dürfte es aber soweit sein, daß die sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei nunmehr endlich mit ihren 230 Abgeordneten praktische Arbeit zu verrichten hätte. Das wäre nur zu begrüßen. Sofort würde ihr Anhang, jäh aus dem politischen Dunkel erwachend, die ganze Kohle- und Beisteherkarte erkennen, die sich hinter den Führern dieser Partei versteckt. Dann dürfte es mit der Naziherlichkeit sehr bald reichend bergab gehen. Bereits diese Wahl hat den Nazis mancherlei Einbußen gebracht gegenüber den Landtagswahlen, das Referendum der Einzelwahlen, aus dem sie bisher schöpften, ist am Ausströmen. Und mit Terror und kraftgeschwollenen, bombastischen Brandreden kann auf die Dauer keine politische Partei Seide spinnen. Jedenfalls würde eine praktische, gesetzgeberische Tätigkeit durch die Nazi-Partei den Hitler-Anhängern sehr bald die Augen öffnen.

Doch lassen wir diese Betrachtungen, sie erscheinen schließlich interessant, aber sie sind müßig, solange wir nicht klar sehen können, solange wir nicht erfahren haben, in welcher Weise sich nunmehr die Popen-Regierung die Zukunft Deutschlands vorstellt. Mehrheitsbildungen zur Verfolgung einer ernsten, konsequenten Staatspolitik im Rahmen der Reichsverfassung dürften in diesem Reichstag nicht möglich sein. Deshalb markten wir ab. Jedoch sei in anderer Richtung noch etwas gesagt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagte einmal, solange die SPD, als glühender Pfahl im Fleische der SPD, steht, sei die Sozialdemokratie nicht zu fürchten. Wir haben wiederholt erklärt, daß sie damit nicht unrecht hat. In welcher erfolgreicher Weise könnten die Sozialisten den Hakenkreuzern und ihren rechtsstehenden Freunden und Ökonomie-entgegenstehen und den politischen Kurs in ihrem Sinne bestreuen, wenn sie ihren auf die Privatwirtschaft eingeworbenen Gegnern eine geeinte sozialistische Partei entgegenstellen könnten! Es ist das historische

Verbrechen der SPD, die Einheit der sozialistischen Bewegung wie in vielen anderen Ländern auch in Deutschland zerstört zu haben. Auch dieser Wahlkampf erwies das zur Genüge. Der Kampf der rechtsgerichteten Parteien galt in erster Linie der Sozialdemokratie. Diese wurde von rechts her in lägenhaftester und gemeinster Weise als der Hauptfeind benannt. In gleicher Weise wurde das Kampffeld von links her vergiftet und vergiftet. Trotzdem konnte die Sozialdemokratie gegenüber den letzten Landtagswahlen neue Erfolge an ihre Fahnen heften. Ein Beweis dafür, daß sie auch heute noch viel mehr Werbekraft besitzt als die SPD, der es trotz aller Demagogie und Verhegung nicht möglich war, die Stimmengabe der Sozialdemokratischen Partei auch nur annähernd zu erreichen. Bei dieser Wahl kämpfte die SPD im schädlichen Schatten der drei Pfeile und des Hakenkreuzes. Der Hauptstoß von rechts und links galt der Sozialdemokratie. Dazu die ungeheure Arbeitslosigkeit und die sich psychologisch radikal auswirkende Gewaltspolitik der Popen-Regierung. Wahrsch, ein besseres Geschäftsfeld konnte sich die SPD, diesmal nicht wünschen! Trotzdem bleibt sie um über 2,5 Millionen Stimmen und über 40 Mandate hinter der Sozialdemokratie zurück. Aus all diesen Gesichtspunkten betrachtet, war der beschriebene Erfolg der SPD, bei dieser Wahl voranzufahren.

Wir haben gegen den kommunistischen Zuwachs nichts einjumen. Aber wir wiederholen: Welche zahlenmäßig fast ebenbürtige Macht könnten die Sozialisten Deutschlands den sogenannten Nationalsozialisten entgegenstellen, wenn eine Arbeiterpartei die politische Kampfarena beherrschte! Wie war es früher? Da zogen Liebknecht und Ledebour von links, Weber und Rautsch von der Mitte, Bernstein und Vollmar von rechts einmüßig am gleichen politischen Strang. Auch damals gab es vielfach Meinungsverschiedenheiten, aber trotzdem war jede Zerpfüpfung als Parteiverrat streng verpönt. Jeder Parteitag formte das Gesetz, das für alle galt. Und jeder marschierte danach. Und die Partei war damals geeint und gefestigt. Aber heute? Rechts haben wir bei dieser Wahl wahlaktive eine geeinte Phalanx. Der Hauptstoß für alle war der Marxismus. Und beim Marxismus selbst? Da haben wir eine heftige gegenseitige Beschöpfung. Den Kommunisten blieb die Sozialdemokratie her „Hauptfeind“. Und die von politischen Säuglingen geführte neugeborene Sozialistische Arbeiterpartei stellte gleichfalls ihr besonderes Wahlgespöhen ins Rampenlicht, um natürlich

mit Glanz und Gloria hinten runter zu plumpfen. Das ist die „Einigkeit der proletarischen Front“...

Einheitsfront? Mit den schädlichen Mitteln wurde sie von der kommunistischen Partei sabotiert. Ihr kam es auf nackten Stimmenerfolg an. Ihr war die Bekämpfung des Faschismus Nebenache, der Parteierfolg und das zufriedene Gesicht Moskaus die Hauptache. Trotzdem schwärmte die SPD, heuchlerisch von der Einheitsfront, wie sie sie auffaßt: Einordnung aller proletarischen Kämpfer in ihre Front. Und immer wieder behauptete sie die Sozialdemokratie und verhegte in gleichen Atemzuge, sie wolle die Einheitsfront herstellen mit Hakenkreuzern und Eiserner Front, mit Unorganisierten und christlich Gesinnten, aber ohne die Führer. Ist das nicht allergemeinste Spiegelfechtere! Ohne die Führer? Ohne sie, die durch das Vertrauen ihrer Mitglieder als Führer berufen, die es auch heute noch trotz aller verleumderischen Demagogie der SPD-Pressen haben, und die — falls sie ihre Pflicht nicht erfüllen — jederszeit abberufen werden können? Wie denn, wenn die SPD, gesagt hätte: Ihr kommunistischen Arbeiter und Arbeiterinnen, kommt zu uns in die Einheitsfront, aber ohne eure Führer, die als solche ja vielfach allerhand Weg am Rücken haben und oftmals gar nicht auf demokratischem Wege in ihre Ämter berufen werden? Ein Höfingelächler der Hölle wäre die Antwort gewesen...

Einheitsfront ja, jedoch ohne Wenn und Aber, ohne lägenhafte Kinkerlitzchen und demagogische Hinterfüren, nur ehrlich und aufrichtig! Aber dazu reicht es nicht im Lager der SPD. Bleibt übrig die politische Zerpfüpfung der Arbeiterklasse zur Freude aller Reaktionen und Finsternisse, nicht zuletzt der Haken- und Popenkreuzler...

Wir können auf das Ergebnis dieser Reichstagswahl stolz sein. Die Eiserner Front und ihre Hammergeschaffen, die SPD, und die Gewerkschaften haben sich gut geschlagen. Ihre zahlreichen Gegner haben sie vergeblich berannt. Sie werden auch fern er auf dem Posten sein. In der Kampf gilt nach wie vor der Reaktion. Sie ist der Hauptfeind. Jeder Bundesgenosse in diesem Sinne ist uns willkommen. Vielleicht gebietet doch noch der eiserne Zwang, die Einheitsfront der sozialistischen Massen zu errichten nach dem Motto des Allmeisters: Proletarier aller Länder, vereint euch! Schade nur, daß die Arbeiterklasse erst durch ein Meer von Verhegung und Zerreißung, von Enttäufung und Tot, von Blut und Kot waten muß, um diesen Waptspruch von Karl Marx auch nur in et genen Lande zu verwirklichen!

Von den norwegischen Bauarbeitern.

Der norwegische Maurerverband hielt in der Zeit vom 18. bis 21. Juni seinen aller drei Jahre zusammen tretenden Verbandstag ab. Neben dem Abgeordneten unseres Bundes — der gleichzeitig die Bauarbeiter-Internationale vertrat — nahmen teil Vertreter aus Dänemark, Schweden und Finnland. Der Verband zählte am Jahreschluß 1931 in 33 Abteilungen 1074 Mitglieder. Er hat aber weit über seine Mitgliederzahl hinaus in der Gewerkschaftsbewegung Norwegens Bedeutung, besonders hinsichtlich der Befähigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das zeigte sich bisher bei allen größeren Lohnbewegungen, zuletzt bei der allgemeinen, 26 Wochen dauernden Ausprägung im Jahre 1931. Die Maurer Norwegens sind in des Wortes wahrster Bedeutung der Vortrup unter den Arbeitern. Alle Maßnahmen des Verbandes sind auch auf die Verteidigung oder Fortbildung der gewerkschaftlichen Errungenschaften gerichtet. Entgegen anderen Berufsverbänden und der Landeszentrale halten die Kommunisten bei den Maurern nie beachtlichen Einfluß erhalten. Parteipolitische Streitigkeiten, mehr aber noch die Furcht, im Verein alle als kleiner Verband an Bedeutung und Selbständigkeit bei der Regelung von Berufszugegen zu verlieren, hat den Verband lange Zeit abgehalten, sich der Landeszentrale anzuschließen. Eine Larbströmung im Jahre 1926 vollzog den Anschluß zum Januar 1927, der aber Ende Mai dieses Jahres wieder sein Ende fand. Verschiede ist die Lage jetzt durch den Beschluß der Landeszentrale: „schließt sich der Maurerverband nicht dem Bauarbeiterverband an, dann kann er auch nicht Mitglied der Landeszentrale sein“. Der Maurerverband ist damit in gewissem Sinne gewerkschaftlich vogelfrei, jede Organisation hat nunmehr das „Recht“, in seinen Bestand einzuberechen. So sind die Gegenstände während und besonders beim Abchluß des großen Kampfes im vergangenen Jahre erneut ausgedehnt. Der Verbandstag hat sehr ausgedehnt darüber beraten, und mit 48 gegen 6 Stimmen beschlossen, als Verband allein zu bleiben. Die Maurer klagen die Landesorganisation an, daß sie eine zu starke Angleichung der Löhne begünstige. So seien bei-

spielsweise die Maurerlöhne in der Papierindustrie, seit der Maurerverband gezwungen wurde, die Mitglieder in diesen Werken an die dort führende Gewerkschaft abzugeben, dem Lohn der Werksarbeiter gleichgestellt worden; d. h. 28 Oere niedriger als im Baugewerbe. Der Maurerverband fühlt sich zur Abwehr von Unternehmerangriffen stark genug und glaubt, allein erfolgreicher wirken zu können. Ob nicht aber von der übrigen Bauarbeiterchaft her die Mitgliedschaften des Maurerverbandes ausgehöhlt werden, wird die nächste Zukunft zeigen; denn die Landeszentrale hat beschlossen, daß der Bauarbeiterverband nun an auch Maurer aufnehmen soll. Ob dieser Einbruch wesentlich sein und ob er vom Befund herangefragten wird, weiß heute niemand. Daß der Eisenbahnbau auch in Norwegen Fortschritte macht, kann man allein schon bei einem Gang durch die Straßen Oslos feststellen. Der Bauarbeiterverband hat zweifelslos Chancen; alle Bauarbeiter der verschiedensten Berufe, vom Straßen- und Tiefbauarbeiter bis zum Klempner und Parkettbodenleger, sind ihm angeschlossen. Nur die Steinmetzen haben außer den Maurern noch eine besondere Organisation. Im Bauarbeiterverband sind von 12 055 Mitgliedern 3988 Zementarbeiter und 1743 Zimmerer, die vielfach wegen der Einzahlarbeiten mit den Hilfsarbeitern in Streit stehen. Für die einzelnen Berufsgruppen bestehen Tarifverträge. Der Landesstaripvertrag für Maurer gilt bis 1934, die heute geltenden Löhne bis April 1933. Eine Änderung der Löhne ist nur möglich, wenn sich der Lebenshaltungsindeker um zehn Punkte nach oben oder unten verändert. Der Maurerstundenlohn ist, wenn von den paar Duzend Jollerern mit 1,80 Kr. abgesehen wird, mit 1,53 Kr. und 3 Oere Werkzeugzulage der höchste. Mit Ausnahme von kleinen und schwierig zu erreichenden Reparaturen wird alles in Akkord ausgeführt. Der Verdienst erhöht sich dabei gegenüber dem tariflichen Stundenlohn durchschnittlich um 100 %; er betrug im vergangenen Jahre 3,15 Kr. Die Bauhilfsarbeiter erhalten in jedem Falle, ob die Maurer nun in Lohn oder Akkord arbeiten, 90% des Maurerverdienstes. — Die Bau-

arbeiter leben in Norwegen und auch in Schweden und Dänemark zweifellos besser als in Deutschland. — Ich habe mich diesmal besonders über die Arbeitsmöglichkeiten im Winter erkundigt. Die Kälte spielt gar keine Rolle. Bis 15, 18, ja 20 Grad minus wird gemauert. Wie? Mit heissem Material. Sämtliche Baustoffe werden vor Schnee und Eis in Schuppen oder in sonst gut bedeckten Räumen gelagert. Der Kalk wird an der Baustelle gelagert, der Sand mittels Heißdampfer erwärmt; an kleinen Bauern und in kleinen Städten wird beim Beginn des Kalksiedens nur ganz wenig Wasser zugegeben, die weitere Vorfahrt erfolgt der gefrorenen Sand, der auch gleichzeitig genügend Wasser mit zuführt. Die staatliche Materialprüfungsanstalt sagt, daß das Mauerwerk, das bei einer Kälte bis zu 8 Grad gemauert wird, das bestmögliche sei. Im Winter wird hauptsächlich gemauert und der Rohbau fertiggestellt; vom April an wird während der Sommermonate der Ausbau vollendet. Das soll billiger sein, weil sonst die Rohbauten monatelang stark gelichtet und geheizt werden müßten. Der Gießeisensbau wird natürlich in der wärmeren Jahreszeit ausgeführt.

Die Maurer Skandinavien sind bemerkenswert beruflich und leben daher auf eine gute Ausbildung ihres Nachwuchses. Die Lehrlinge nehmen an dem Akkordlohn nicht teil; sie sollen ja lernen, „wachere“, d. h. schöne, sachlich heroertragende Arbeit auszuführen. Trotzdem klagen die älteren Gesellen über ein Schicksal der Jungmaurer. Die Ausbildung des Facharbeiternachwuchses geschieht teilweise in einjähriger Dauer in städtischen Vorschulen, wobei Mitglieder des Verbandes als Lehrer mitwirken. Die Schulung ist theoretisch sowie praktisch und wird auf das Lehrverhältnis angerechnet. Die Lehrzeit beträgt gewöhnlich 4 Jahre. Die Maurer sehen darauf, daß eine Beschäftigung von Lehrlingen ohne Lehrvertrag unmöglich ist. Entlohnt werden die Lehrlinge in Oslo in einem Prozentsatz vom Gesellenlohn, und zwar im 1. Halbjahr mit 45 %, im 2. und 3. Halbjahr mit 50 %, im 4. und 5. Halbjahr mit 60 %, im 6. und 7. Halbjahr mit 65 %, im 8. Halbjahr mit 75 % des Gesellenlohnes. Für Ferien der Lehrlinge hat der Unternehmer wie für die Gesellen 4,5 % des tatsächlichen Stundenlohnes in eine vom Unternehmerverband geführte Ferienkasse abzuführen. Die Lehrlingshaltung regelt sich nach folgender Skala: wenn ein Meister durchschnittlich 5 Gesellen beschäftigt, darf er einen Lehrling halten, bis 8 Gesellen 2 Lehrlinge, bis 15 Gesellen 3 Lehrlinge, bis 20 Gesellen 4 Lehrlinge und weiter für je fünf Gesellen einen Lehrling mehr. Lehrlinge konnten bisher nicht Mitglied des Maurerverbandes werden, obwohl die einzelnen Ortsabteilungen Lehrlinge aufnahmen und sie betreuten. Nun ist beschlossen worden, künftig auch Lehrlinge aufzunehmen; sie haben einen halben Wochenbeitrag zu zahlen. Das ist ein beachtliches Opfer für die Organisation, aber wie mir scheint, schon in jungen Jahren eine gute Erziehung. Der Wochenbeitrag der Maurer beträgt beispielsweise in Oslo zur Zeit 5 Kronen, wovon die Lokalkasse 65 Dore behält. Während des großen Kampfes 1931 zahlten die Arbeitenden 12 Kronen die Woche. Dem Verband kostete der Kampf über eine halbe Million Kronen, die allerdings teilweise von der skandinavischen Arbeitsgemeinschaft aufgebracht wurden. Außer der Streikunterstützung, die wesentlich für die Zeit 23, für Verteilung 26 und mit 2 ergebnis 32 Kronen beträgt, hat der Maurerverband noch eine besonders wertvolle Unterstützung (30 Dore) in Form eines Beitrags mit einem Unterhaltungsbeitrag im Höchstfalle von 2000 Kronen.

Die Weltwirtschaftskrise hat auch nicht vor den Toren Norwegens aufgehört. Stark betroffen ist die Papier- und Holzindustrie. Von den Mitgliedern des Maurerverbandes waren Ende Mai 840 arbeitslos, davon 174 in Oslo. — Nachdem die Sozialdemokraten in Oslo die Mehrheit verloren haben, ist auch der Wohnungsbau zurückgedrängt worden. Die Stadt Oslo hat für den Wohnungsbau a u viel geleistet. Sie gab in einem umfangreichen, reich illustrierten Bande Rechenhaft für die Jahre 1911 bis 1931. Daraus ist zu entnehmen, daß für die Erbauung eigener Wohnungen 120 Millionen ausgegeben wurden. Durch finanzielle Beteiligung der Stadt an kommunalen Genossenschaften mit mindestens 51 % des Genossenschaftskapitals konnten 1907 Wohnungen gebaut werden, und die Hilfe der Stadt für Privatsie und private Baugesellschaften ermöglichte die Erbauung von 6312 Wohnungen mit 22 607 Zimmern. Von der 128,25 Millionen betragenden Bauaufnahme betrug die Genossenschaft der Stadt 63,25 Millionen Kronen. — Seit über drei Jahren besteht in Oslo eine Wohnungsbau-Gesellschaft der Arbeiter. Das Gesellschaftskapital beträgt 120 000 Kr., das von den gewerkschaftlichen Berufsvereinigungen gesammelt worden ist. Die durchschnittlich beschäftigte Arbeiterzahl beträgt gegen hundert. Sowie sind auch gegenwärtig an einem Wohnbaublock beschäftigt, der nach dem Voranschlag auf 1 211 000 Kronen zu stehen kommt. Die Stadt hat 90 % der Bauaufnahme garantiert. Ein anderer Wohnblock mit 38 Wohnungen und Zäben ist bereits ausgeführt worden. Der Mietpreis ist auf so hoch wie in Berlin. — Mit großer Aufmerksamkeit werden die Arbeiten der deutschen Bauhütten verfolgt.

Alles in allem: Bei den skandinavischen Bauarbeitern zu Galt zu sein ist Gewinn; denn dort ist gutes gemeinschaftliches Denken und Handeln zu Hause. — Nach meinen wiederholten Beobachtungen bei den Maurern Norwegens und Schwedens und den mancherlei Erfahrungen auf anderen Verbandstagen, drängen sich zwangsläufig Vergleiche auf. Oftern war ich in Belgien. Hier alles in Ordnung, festend nach dem richtigen Weg, die Arbeiter werden als Ausführende der Gesellschaft behandelt, lebend in den Anfängen menschlicher Kultur, als politisch Geknechtete leidend und kämpfend nach Freiheit für Rede, Schrift und Koalition, ringend nach Anerkennung als gleichberechtigter Staatsbürger. Dort, in Skandinavien, aber auch in England, Holland und ähnlichen Ländern, Selbstbewußtsein der Arbeiter, ein Leben als Mensch unter Menschen mit als selbstverständlich geltendem gleichen Recht als Staats- und Wirtschaftsbürger und dem daraus entspringenden Ansehen im Gesellschaftsleben des Volkes. Im Südosten Europas alle Zeichen eines durch schließliche Unterdrückungsmassnahmen der Verelendung preisgegebenen Proletariats, zermürbt und daher nicht fähig zur erfolgreichen Abwehr. In den entgegengesetzt liegenden Randstaaten Europas dagegen eine ihrer Kraft und ihrer Bedeutung im Volksleben bewußte Arbeiterkraft. Jahrszielung geübte Disziplin, eiserner Wille und Kampfbereitschaft haben hier die beste Stätte!

Anwerbung „aufbauwilliger Elemente“ für die Schuttpolizei.



„Sie haben sich zur Schuttpolizei gemeldet. Was waren Sie früher?“
 „Zu Befehl: Sergeant in der alten Armee.“
 „Zu Befehl: zweimal wegen Rekrutenmishandlung.“
 „Wird eingestell!“

Verbandsstag der Maurer Dänemarks.

Vom 12. bis zum 16. Juli hielt der dänische Maurerverband in Aalborg seinen Verbandstag ab. Außer von den Gästen war der Verbandstag von 129 Delegierten besucht. Wir kamen zu einer alten Organisation; dies zeigte schon das rein Verlegerische des Kongresssaales, dessen Wände mit Fahnen zudeckten, bis zum Jahre 1881, Gesellen- und Lehrlingszeichen, Stubenschildern, Milkommenspokalen, Protokollbüchern und Bundeslaben aus den Jungjahren geschmückt war.

Nach dem Bericht des Vorstandes zählte der Verband Ende März dieses Jahres in 116 Abteilungen 870 Mitglieder. Außerdem zählte man in Dänemark ohne Kopenhagen 839 Lehrlinge, die jedoch nicht Mitglieder des Verbandes sein können. Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit hat der Verband noch im Jahre 1931 seinen Klassenbestand auf rund 1 Million Kronen erhöhen können. In den letzten Wintermonaten war die Arbeitslosigkeit sehr groß. Der Verband zählte am 1. April 1931 1900 arbeitslose Mitglieder, heute sind es gegen 40 %. Außer den Tarifstreikigkeiten, die in über dreißig Fällen durch die verschiedenen Tarifinflationen erlitten wurden, hatte der Verband wegen der Durchbrechung des Akkordzwanges sowohl mit den Unternehmern als auch mit den eigenen Mitgliedern wiederholt Differenzen ausgetragen. Die Frage des Zwangsraumes der Verhandlungen eingenommen. Während die Städte mit dem Vorstand für scharfe Maßnahmen gegen Verfalls sind, verlangen die Vertreter des platten Landes eine Lockerung der Forderungen, die dann und wann in Lagen arbeiten. Der Verbandstag sah keine neuen Beschüsse; daher gilt der Akkordzwang für die Mitglieder weiter. Geplagt wurde, daß die Arbeitsleistung stellenweise so hoch lie, daß bei den Verhandlungen über eine Tarifrenewierung jedesmal große Schwierigkeiten entstehen, weil die Unternehmer die Arbeiterverdienste der Gesellen als Druck auf die Sätze der einzelnen Akkordpositionen auszunutzen versuchen. Es ist das selbe Spiel wie überall: Der Akkordarbeiter versteht zu wenig, Maß zu halten. Die Verdienste selbst sind im Durchschnitt etwa 50 bis 60% über dem Tariflohn, geben aber in nicht wenigen Fällen und besonders bei Spezialarbeiten auch auf 100 % und darüber. Mit anderen Worten: Insofern Streikigkeiten, als die Maurer versuchen, bestimmte Spezialarbeiten auszuführen. So ist ein Streit dadurch entstanden, daß die Maurer auch für die Kleinkinder die Maurer dadurch die Steinleger nicht geschädigt, denn die Maurer erhalten, wenn sie Kleinkinder verlegen, für den Quadratmeter 65 Dore mehr als die Steinleger, aber schließlich ging es nicht allein darum, sondern um die Zuständigkeit der Berufsgruppe. Das zuständige Schiedsgericht hat ausgesprochen, daß in diesem Fall sowohl die Steinleger als auch die Maurer berechtigt waren, die Arbeiten auszuführen. Es bleibt nun dem Unstrat der nächsten Streitigkeit überlassen, wer diese Arbeit in seinem Bereich haben soll. — Diese Differenzen führten dann zu Richtlinien über die beruflichen Zuständigkeiten, beispielsweise zwischen Stukkateuren und Hilfsarbeitern.

Der Verband hat eine Unfallversicherung, die im Einzelfall bis zu 2000 Kronen leistet. Die Arbeitslosenversicherung wird gemeinsam mit dem Staate erhalten und zwar so, daß die Genossenschaften die Unterforderungen ausbezahlen. Nach den Mitgliedern der Berufsorganisationen und des Rifnos, das in dem einzelnen Beruf liegt, werden augenblicklich von den Maurern Wochenbeiträge von drei Kronen für 40 Wochen erhoben. Die Unterforderung beträgt für ledige Mitglieder 3 Kronen, für verheiratete Mitglieder 4 Kronen je Tag auf 80 Tage in 12 Monaten. Innerhalb dreier Jahre kann für die doppelte Zahl von Tagen, also für 160 Tage Unterforderung bezogen werden. In jedem Fall aber müssen vor Unterforderungsempfang mindestens 120 Kronen an Beiträgen eingezahlt sein. Interessant ist, daß bei Streiks in anderen Berufen der streikführende Verband die Unterforderung für alle Beteiligten zahlt, sofern die beteiligten Organisationen unter 25 % der Beteiligten stellen. — Die Arbeitslosenunterforderung ist das allerdings heute noch recht lose verbindende Band aller Angehörigen einer Berufsgruppe. Der Staat zahlt Zuschuß zu der Unterforderung jeweils nur an einen Verband einer Berufsgruppe. Seit dem Jahre 1919 haben beispielsweise die Kopenhagener Maurer ihre Lokalarbeitung. Sie sind aber in größerer Zahl mit dem Maurerverband Dänemarks durch die Arbeitslosenunterforderung verbunden.

Wären sie allein — sie waren einige Jahre allein — in diesem Punkt, dann müßten sie viel zu hohe Beiträge zahlen. Der Beitragslag ging vor dem Zusammenbruch bis zu 15 Kronen die Woche. Es war auch ein interessantes Schauspiel, als nach Schluß des Verbandstages gemeinsam mit den Delegierten der Kopenhagener Maurer über die Satzungsänderungen für die Arbeitslosenversicherung beraten wurde. Verbands- oder sonstige Berufsangelegenheiten wurden ausgeschlossen. Ueber den Streit mit den Kopenhagener Maurern sei nur noch bemerkt, daß sie fernerzeit Streiks ohne Genehmigung und trotz des bestehenden Tarifvertrages führten, was Strafen zur Folge hatte und schließlich ihre Isolierung. Die Trennung war damals eine Schutzmaßnahme des Verbandes. Natürlich werden Stimmen laut, die einer Wiedervereinigung das Wort reden, aber über die Ansicht, die Kopenhagener Maurer hätten gleich zu Beginn des Verbandstages an den Beratungen teilnehmen sollen, ging die Mehrheit des Verbandstages zur Tagesordnung über.

Die Lehrlingshaltung ist zentral geregelt, jeder Meister darf einen Lehrling beschäftigen, bei vier Gesellen zwei Lehrlinge, bei sechs Gesellen drei Lehrlinge, bei 12 Gesellen 4 Lehrlinge. Die Lohnfestsetzung ist nicht allgemein geregelt, jedoch bestehen lokale Vereinbarungen. Die Lehrzeit ist drei und vier Jahre. Beschäftigte Gesellen in ihren Akkordkolonnen Lehrlinge, dann müssen sie den Lehrlingen an Lohn bezahlen im ersten Jahre 25, im zweiten 35, im dritten 45 und im vierten Jahre 50 Dore je Stunde. Die Lehrmeister selbst sind frei von jeder Bindung.

Aus dem Bericht des Vorstandes war zu entnehmen, daß auch Dänemark, ein Land, in dem sonst sprichwörtlich Milch und Honig fließt, von der Schwächung der Massenkaufkraft, von den Zollmaßnahmen und den Wirtschaftspraktiken in den großen Industrieländern (besonders England und Deutschland) hart betroffen wurde. In Dänemark ist die Agrarwirtschaft vorherrschend, also das Wohlverhalten der Bevölkerung und das ganze Staatsleben von der Landwirtschaft abhängig. Es ist ja bekannt, daß es allen Agrarländern nicht gut geht. Die Landwirtschaft Dänemarks erzeugt nicht an Lebensmitteln, daß sie bei normaler Wirtschaftung des Bodens Tag für Tag für eine Million Kronen Ware auszuführen gezwungen ist. Die Abschließungsmaßnahmen, die in Deutschland getroffen wurden, haben schon viel zerstört; noch stärker interessiert ist Dänemark an einer Ausfuhr nach England. Heute sind die Folgen der verringerten Ausfuhrmöglichkeiten an landwirtschaftlichen Erzeugnissen Dänemarks in einem ungewöhnlichen Preissturz der Lebensmittel zu sehen. Die Butter kostet heute nicht mehr als im Jahre 1887; ich habe in der Kongressstadt (immerhin die zweitgrößte Stadt Dänemarks) Lebensmittel für beste Qualität festgestellt: je ein Pfund Ochsenfleisch 40 Dore, die Krone = 100 Dore, ist heute 80 Dore wert, Schweinefleisch 45 Dore, Schmalz 50 Dore, Vorkaffee 55 Dore; besonders billig ist der Kaffee, der in besser Qualität 2,25 bis 2,65 Kronen kostet. Da Dänemark nur wenige große Städte hat, ist die Rückwirkung der Agrarkrise auf die Gesamtwirtschaft und im besonderen auf das Baugewerbe sehr empfindlich, aber der Lebensstandard der dänischen Maurer und auch der übrigen Bauarbeiter steht dort weit über dem ihrer deutschen Kollegen. N.B.

Finanzhilfe des Reiches bei Instandsetzung von Wohngebäuden und Wohnungssteigerung.

Die Bedeutung der Sanierung der Altbauwohngebiete für die baugewerbliche Arbeitsbeschäftigung ist von uns wiederholt gewürdigt worden. Tausendfach machen die Instandsetzungsarbeiten und die Aufteilung von Großwohnungen einen erheblichen und an Bedeutung zunehmenden Bestandteil der gegenwärtigen Bautätigkeit aus. Der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald hatte bereits früher in einem Rundschreiben die Länderregierungen auf die Notwendigkeit der Inangriffnahme von Instandsetzungsarbeiten mit dem Hinweis auf die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes aufmerksam gemacht. Diese Arbeiten sollten — soweit nach Mittel dazu vorhanden waren — aus Staatsmitteln finanziert werden. Weiter wurde von ihm die Finanzierung auf der Wechselgrundlage empfohlen. Es handelte sich dabei um Wechsel, die — genügend gesichert — der Reichsbank eingereicht werden sollten. Diese Finanzierungsform stieß auf erheblichen Widerstand in Hausbesitzerkreisen, da infolge der verhältnismäßig kurzen Laufzeit der Wechsel die Schuldablösung sehr fraglich war. Auch in Handwerkerkreisen machte sich eine Abneigung gegen die Reparaturwechsel geltend.

Die Votvorordnung vom 14. Juni soll die bestehende Unsicherheit beseitigen und einen Anreiz zur Vornahme von Instandsetzungsarbeiten und Aufstellung von Großwohnungen in Kleinwohnungen schaffen. Sie sieht Zinszuschüsse vor für Kredite, die zu diesem Zweck aufgenommen werden müssen und mehr als 1000 M betragen. Die Zinszuschüsse sollen bei einer durchschnittlichen Darlehensdauer von 30 Monaten und bei einer Verbilligung um 4 Proz. jährlich 10 Proz. des Kapitals betragen. Sie werden nach bei Darlehen für Instandsetzungsarbeiten an Wohnhäusern gemäß, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfähig waren; die Arbeiten müssen vom 1. April 1932 bis zum 1. Juli 1933 in Angriff genommen werden. Eine weitere Voraussetzung ist die Ausführung der Arbeiten durch Unternehmer, deren Gewerbebetrieb polizeilich angemeldet ist. Dadurch soll die Schwarzarbeit bei diesen Arbeiten ausgeschlossen werden. Ebenso soll Arbeiten von diesem Vorteil ausgeschlossen, die durch billige Darlehen der Länder finanziert werden oder bereits Gewerbesteuerleistungen oder Zinszuschüsse erhalten. Der vom Reich für Zinszuschüsse bereitgestellte Betrag von insgesamt 5 Millionen M wird anteilmäßig den Ländern zur Verfügung gestellt. Die Länder erledigen die Anträge und die Aufstellung der Zinszuschüsse.

Eine andere wichtige Bestimmung der Votvorordnung behandelt die vom Reich zu übernehmenden Währungsfragen bis zu einem Betrage von 100 Millionen M. Die Währungsfragen werden für das durch Wechselfinanzierung beschaffte Kapital gelöst. Das Reich übernimmt Bankinstituten gegenüber die Währungsfragen und überläßt den Banken die Prüfung der Sicherheitfrage; die einzelnen Anträge müssen daher bei den Bankinstituten eingereicht werden. Mit dieser Währungsfragevernahme vermindern sich die bisherigen Bedenken gegen die Wechselfinanzierung. Den die Arbeiten ausführenden Handwerkern ist die Unsicherheit und Gefahr hinsichtlich der Haftung für die Wechsel nimmbar genommen. Die Reichsbürgschaft gilt den Banken gegenüber nur dann,

menn die Handwerker bei Beschäftigungswirksamkeiten zur Haftung nicht verpflichtet sind. Mit diesen Bestimmungen ist die Finanzierung in größerem Umfang für die vorgeannten Bauarbeiten auf eine solidere Grundlage gestellt worden. Die zur Erhaltung des vorhandenen Wohnraums dringend erforderlichen Arbeiten können durch diese Maßnahmen jedoch nur zu einem kleinen Teil finanziert werden; zur gründlichen Durchführung dieser Aufgabe wären Milliardenbeträge notwendig. Immerhin bedeuten sie einen kleinen Schritt heraus aus der bisherigen Unfähigkeit gegenüber der furchtbaren Verelendung unseres Volkes!

Der deutsche Gewerkschaftsbau steht fest!

Trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise behaupten sich die deutschen Gewerkschaften. Dies beweist der Jahresbericht des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1931. Wenn in einer Zeit, in der durch die größte aller Wirtschaftskrisen sechs Millionen Menschen in Deutschland arbeitslos sind, die Zahl der dem ADGB angehörenden Mitglieder von 4,71 auf 4,14 Millionen zurückging, so ist dies ein Zeichen dafür, daß die große Mehrheit unserer Gewerkschaftsmitglieder den Zweck und Sinn der Gewerkschaftsbewegung voll erfasst hat. Wenn man feststellen kann, daß die Mitgliederzahl im ADGB am Ende des Jahres 1931 noch höher ist als am Ende des Jahres 1924 und sogar höher als am Ende des Jahres 1926, so kann man mit Bestimmtheit sagen, daß sich die Kerngruppe der gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft auch in diesen wirtschaftlich und politisch verhängnisvollen Zeiten sehr gut gehalten hat.

Die Einnahmen der dem ADGB angehörenden Gewerkschaften sind im Vergleich mit 1931 selbstverständlich ebenfalls zurückgegangen. Das ist nicht nur auf den Rückgang an Mitgliedern zurückzuführen, sondern auch auf Kurzarbeit und durch Lohnsenkungen niedriger gestaffelte Gewerkschaftsbeträge. Immerhin betragen die Gesamteinnahmen der dem ADGB angehörenden Gewerkschaften 184,5 Millionen Mark demgegenüber waren die Gesamteinnahmen 215,82 Millionen M. Die Gewerkschaften waren ohne weiteres in der finanziellen Verfassung, um ein solches Defizit auf sich nehmen zu können. Sei immer mehr sinkenden Beträgen fliegen die Anforderungen an die Gewerkschaftskassen. Die meisten Verbände waren gezwungen, die Unterstellungen einzuschränken, zumal ein Ende der furchtbaren Wirtschaftskrise zunächst noch nicht abzusehen ist. Auch hier erwäht, daß im vergangenen Jahre trotz aller wirtschaftlichen und finanziellen Rückschläge die Mitglieder der freien Gewerkschaften um 4,5 Millionen Mitglieder an der Zahl zugenommen haben. Diese Summe zeigt ebenfalls von der starken Solidarität, die die Mitglieder unserer Gewerkschaften beherrscht. Rund 110 Millionen M. haben die Gewerkschaften an ihre Mitglieder an Unterstellungen ausgegibt. Viel Not und Elend ist damit gelindert worden. Und wenn nun trotz all dieser Leistungen die Nationalsozialisten im hohen Maße in den Wäldern der Schwerindustrie und der Kommunisten über den Bankrott der freien Gewerkschaften belächeln, so geschieht dies nur, um sich selbst und ihre Anhänger durch solchen Salbadereien aus der Welt zu führen. Der Wunsch ist bei diesen Herrschern eben der Vater ihrer Bedenken. Unsere Gewerkschaften werden ein einflussreicher Kampf für den proletarischen Kapital und seine Helfershelfer fortzuführen. Und falls sich die Konjunktur bessern sollte, so werden die Gewerkschaften sofort wieder über neue Erfolge berichten können!

Der freiwillige Arbeitsdienst.

Ein gefährlicher Vorstoß zu Lasten der Bauarbeiter. So betitelt sich eine vom Bundesvorstand herausgegebene Kampf- und Aufrufschrift gegen den freiwilligen Arbeitsdienst (fr. AD), und gegen die Arbeitsdienstpflicht. In der 24 Seiten starken Broschüre sind die wichtigsten Gesetzesbestimmungen über den fr. AD angeführt und insbesondere in ihren schädlichen Auswirkungen auf die tariflichen Ertragsverhältnisse der Bauarbeiter erläutert. Im zweiten Abschnitt wird durch Gegenüberstellung von Berechnungen der Nachweis geführt, daß die Arbeiter im fr. AD allgemein teurer zu stehen kommen, als im freien Arbeitsverhältnis; ja, daß der fr. AD, vom Standpunkt volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und Rentabilität gesehen, ein Verlustgeschäft ist. Im nächsten Abschnitt wird darauf hingewiesen, daß der freiwillige Arbeitsdienst "werden insbesondere alle Bauarbeiten aufgeschoben, gegen deren Ausführung im fr. AD die Bauarbeiter sich härtesten Kampf ansetzen muß. Eine künstliche Verteilung erfolgt der vielgerühmten pädagogische Wert der Schaulerarbeit ohne Lohn und Recht und des vielfach romantisch geschilderten Arbeitslebens. In einem besonderen Abschnitt werden die Gefahren und Schäden des fr. AD für die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit und für die Klassenolidarität aufgezeigt. Jeder Bundesfunktionär muß diese Schrift kennen und sie vermerken. In allen Bauamerkschaften liegt die Schrift in mehreren Exemplaren aus. Selbstverständlich wurde sie auch dem Reichsarbeitsminister und dem Reichskommissar für den fr. AD übermiltelt.

Krankheitsberühungsvorschriften für das Baugewerbe.

Am 27. Juni hat das Reichsversicherungsamt die Krankheitsberühungsvorschriften der Baugewerksberufsgenossenschaften genehmigt. Wie die seit dem 1. Januar 1930 geltenden neuen Unfallberühungsvorschriften sind auch diese Vorschriften für alle zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften einseitlich. Die Entwurfsarbeiten sind mit den Vertretern der Gewerkschaften eingehend durchberaten worden. Vermutlich wird auch die Tiefbauberufsgenossenschaft die gleichen Vorschriften übernehmen. Die Krankheitsberühungsvorschriften treten am 1. September 1932 in Kraft.

Der Erklarung der Krankheitsberühungsvorschriften wurde notwendig, nachdem durch Verordnung vom 11. Februar 1929 eine Anzahl Berufskrankheiten im Sinne der Unfallversicherung als entgeltlich anzusehen sind. Unfallberühungsvorschriften sind, nicht getrennt worden. Durch eine besondere Herausgabe der Krankheitsberühungsvorschriften hätte sich eine günstigere Wirkung für ihre Beachtung und Durchföhrung erschaffen lassen, aber dagegen sprach, daß einige Vorschriften (beispielsweise gegen Kohlenoxydvergiftungen)

Anti-Hitlergesang.

Ihr Massenbrüder, ihr Barbaron,
Ihr Schlichter großer Menschenscharen,
Euch ist das Morden schon Gebot!
Vor euch muß alles Leben weichen,
Ihr schlagt den eignen Bruder tot
Und hinterlaßt nur Blut und Leichen!

In euch ist jeder Sinn erstarben,
Ihr seid verrotzt, verlorrt, verdorben,
Ihr habt das Menschenum beraubt,
Beschnitten, geschändet und verraten!
Und dennoch tragt ihr hoch das Haupt
Und seid noch stolz auf eure Taten!

Doch höret zu, ihr blinden Horden:
Nicht lange werdet ihr mehr morden!
Schon heute nennt man euch mit Spott!
Selbst eures Hakenkreuzes Gott!
Kann euch davon nicht mehr befreien!
Doch künftig wird man euch bespöten!

Hermann Müll.

sonwohl der Unfall- wie auch der Krankheitsberühung dienen. Die neuen Krankheitsberühungsvorschriften gelten daher als Nachtrag zu den Unfallberühungsvorschriften. Unter dem Sammelbegriff „Unfallberühungsvorschriften“ werden demnach künftig alle zur Verhütung von Unfällen und zur Abwehr von Berufskrankheiten erlassenen Vorschriften zu finden sein. Als spezielle Krankheitsberühungsvorschriften bringt der Nachtrag Bestimmungen gegen:

- a) Erkrankungen durch Ziel, Arsen und ihre Verbindungen, b) Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Pressluftwerkzeugen, c) Staublungenkrankungen bei der Sandsteingewinnung, Be- und Verarbeitung.

Die Bestimmungen über die Verhütung von Feielerkrankungen sind nahezu wörtlich der Verordnung zum Schutze gegen Feielerkrankung bei Bleiarbeiten vom 27. Mai 1930 (RVOBl. I S. 138) entnommen. Wesentlich ist es mit den Vorschriften gegen Staublungenkrankungen (nur § 41m):

Beim Boffieren oder der sonstigen Verarbeitung von Sandstein müssen die Verhütung mindestens zwei Meter voneinander entfernt sein. Auch bei der Verarbeitung von Sandstein an Bauten ist dieser Abstand nach Möglichkeit einzuhalten.

In Steinhauereien müssen bei der Sandsteinverarbeitung, sofern dies nicht aus technischen Rücksichten unzulässig ist, die Werkstücke und bei warmer und trockener Witterung auch die Werkstücke und die Fußböden der Arbeitsräume feucht gehalten werden.

Die Arbeitsplätze und Arbeitsräume sind täglich von Abfall und Schutt unter ausreichender Aufsichtung zu reinigen.

Auch diese Bestimmungen entsprechen der Bundesratsverordnung vom 31. Mai 1909 über die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien (Steingesetz).

Von besonderem Interesse für die Bauarbeiter im Hoch- und Tiefbau dürften die Bestimmungen über Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Pressluftwerkzeugen sein (nur § 41e):

Mit der Sandabgabe von Pressluftwerkzeugen dürfen nur männliche Verhütete mit kräftigem, gesundem Körperbau, die nicht unter 21 Jahre alt sind, beschäftigt werden.

Durch Verwendung geeigneter Werkzeuge sowie durch Verhütung der Schädlichkeit ist dafür zu sorgen, daß Schädigungen der Verhüteten, insbesondere durch Rückstoß und Abwurf, nach Möglichkeit verhütet werden.

Die hier vorgeschriebene Verhütung oder der Schädlichkeit dürfen im Baugewerbe auf keine großen Schwierigkeiten stoßen. Bei gutem Willen und richtiger Arbeitsverteilung wird es möglich sein, die in Frage kommenden Personen je zwei Stunden mit der Bedienung von Pressluftwerkzeugen und je zwei weitere Stunden mit der Verhütung des Arbeitsraums oder mit anderen Arbeiten zu beschäftigen.

Im Entwurf der Krankheitsberühungsvorschriften waren auch Bestimmungen gegen Erkrankungen durch Kohlenoxydgas vorgesehen. Diese Bestimmungen sind aber bereits in den Unfallberühungsvorschriften enthalten und daher im Nachtrag weggelassen. Eine Kohlenoxydgasvergiftung kann als Unfall oder als Berufskrankheit angesehen werden. Der erste Fall tritt ein, wenn die Vergiftung innerhalb einer Arbeitszeit eingetreten ist; der zweite Fall, wenn sich erst bei längerer Beschäftigung in Räumen, in denen sich giftige Gase ansammeln, schädliche Wirkungen zeigen. Vergiftungen dieser Art können vorkommen bei Bauten, die künstlich ausgetrocknet werden oder bei Arbeiten in schwer zugänglichen und schlecht belüftbaren Räumen (Kandeln, Brunnen und Schächte). Nach Bestimmungen der Unfallberühungsvorschriften dürfen offene Koks-, Koble- und Holzfeuer nur in Ausströmungen oder Erwärmlern von Räumen nicht verwendet werden. Das Verbot von Räumen, Gruben und Kanden, in denen sich giftige, betäubende oder brennbare Gase ansammeln können, ist nur unter Beobachtung von Sicherheitsmaßnahmen und unter bestimmten Umständen aufzuheben.

Auch ist nach §§ 93 und 94 der Unfallberühungsvorschriften das Abbrechen schadhafter Teile und das Höherfahren von Fabrikationsschornsteinen sowie die Ausführung umfangreicher Ausbesserungsarbeiten am Kopfe des Schornsteins nur gestattet, wenn Vorkehrungen getroffen sind, die eine Beschädigung der Verhüteten durch Wasser oder Rauch ausschließen. Aus den gleichen Gründen darf in Feuerungsanlagen und Wäschern nur gearbeitet werden, wenn sie genügend abgekühlt sind und Frischluft zugeführt wird.

Eine Neuerung ist die ärztliche Untersuchung. Stierüber heißt es (neuer § 11a):

„Neben eine bereits vorliegende gesetzliche Verpflichtung hinaus sind die Unternehmer berechtigt und auf Anordnung des Gesundheitsamtes verpflichtet, durch einen Arzt feststellen lassen, daß die zur Beschäftigung mit den gesundheitsgefährlichen Stoffen und Geräten einzustellenden Personen für die Beschäftigung geeignet sind. Die Wiederholung der ärztlichen Unter-

suchung kann in regelmäßigen Zeiträumen verlangt werden.“

Ueber die Unterfuchung ist unter Angabe des Personennamens und der Arbeitsverhältnisse der Verhüteten ein schriftlicher Nachweis zu führen, der dem technischen Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzulegen ist.

Läßt die ärztliche Feststellung erkennen, daß für den Verhüteten bei der Beschäftigung die Gefahr besteht, daß eine Berufskrankung entstehen, wieder entstehen oder sich verschlimmern kann, so ist er von dieser Beschäftigung bis zur völligen Genesung oder aber, wenn er sich den Einwirkungen der schädlichen Stoffe und Geräte gegenüber besonders empfindlich erweist, dauernd auszuschließen.“

Durch die Unterfuchung sollen beginnende Berufskrankheiten rechtzeitig erkannt, aber auch wenig schwerstehende Personen von Arbeiten, für die sie nicht geeignet sind, ferngehalten werden. An Verhüteten, wo bei der Unterfuchung mehrere Erkrankungen festgestellt werden, wird das meist auch ein Beweis für unzulässige Betriebsbedingungen sein, denen alsbald abzuwehren ist. Auf den Arbeitsstellen, wo die Kollegen mit ähnlichen Berufskrankungen rechnen müssen, werden sie darauf zu achten haben, daß die neuen Vorschriften auch genau eingehalten werden. Sagen sich Mitglieder im Betrieb oder klagen einige Kollegen über Beschwerden, die auf eine Schädigung aus den vorgeannten Ursachen zurückzuführen sind, so ist dem technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgegenstand, der Baupolizei oder Gewerbeaufsicht sofort Mitteilung zu machen. Außerdem ist der sich krankführende Kollege sofort ärztlich zu unterfuchen, um nach Feststellung der Ursachen entsprechende Abhilfe- und Vorbeugungsmaßnahmen treffen zu können.

Der Wiederaufbau des „Westturmes“.

Auf dem westlichen Teil der Insel Wangerode entsteht gegenwärtig inmitten der Sanddünen ein beachtliches Bauwerk. Zur Erinnerung an den während des Weltkrieges aus Gründen der Landesverteidigung gesprengten „Westturm“ wird ein neuer „Westturm“ in der respektablen Höhe von über 50 Metern erbaut. An sich wäre gegen die Errichtung eines so gewaltigen Bauwerkes nichts einzuwenden; jede Arbeitsbeschäftigung für das furchtbare baniederliegende Baugewerbe ist begrüßenswert und willkommen. Aber die Art der Durchführung des Neubaus muß von der geplanten Bauarbeiterbeschäftigung abgelehnt werden. Trotz scharfsten Profettes aller baugewerblichen Organisationen beim Landesoberbauamt in Hannover wird dieses Bauwerk im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes errichtet! Die Erbauer des Westturmes sind Intellektuelle, die sich seit Jahren den Wiederaufbau zur Erinnerung an den alten verschwundenen Westturm zum Ziel gesetzt haben. Größere Geldmengen reichen immer noch nicht aus, den geplanten Turmbau in Angriff zu nehmen. Dann kam die Einführung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ dieser Gesellschaft zu Hilfe. Während der ersten Anträge, diesen Turmbau auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes zu errichten, abgelehnt wurden, wurde durch einen erneuten Antrag im Frühjahr der Widerstand des Landesoberbauamtes gebrochen und dem Antrage stattgegeben. So ersticht denn dieser Bau im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Bei der Genehmigung des Antrages war mitausgesprochen der Plan, in den unteren Räumen des Turmes eine Jugendherberge einzurichten zu wollen. Etwa dieses freiwilligen Arbeitsdienstes ist der deutsche Turmbau. Bei der Ausföhrung der Bauarbeiten erlebte die Baufirma J. J a n h e n, W a n g e r o d e, und S c h o m b u r g, O l d e n b u r g, den Zuschlag; beide Firmen haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft verbunden. Mit den Bauarbeiten wurde bereits Mitte Mai begonnen. Auf einem Parkhof von über 100 Eisenbetonpfeilern ruht ein sehr starkes Eisenbetonfundament. Auf diesem fund nunmehr die 83 Zentimeter (3/4 Steine) starken Ringmauern des Turmes angelegt. Das Bauwerk selbst ist ungefähr 12x10 Meter groß und soll über 50 Meter Höhe erhalten. Der eigentliche gemauerte Turm soll 26 Meter hoch und darauf das ebenso hohe Spitzdach des Turmes errichtet werden. Rund 70 junge Bauarbeiter, darunter 24 Maurer im Alter von 18 bis 25 Jahren sind an dem Bauwerk beschäftigt. Unter den Zuschlaggebern sind fast alle Berufsleute zu finden. Diese 70 jungen Menschen arbeiten in zwei Schichten täglich 7 Stunden. Die Aussicht führt ein erfahrener Maurerpolier. Es erhalten als Varentschädigung je Tag 10 Mark und 50 beufische Reichspennige, dazu Verpflegung und Unterkunft in der Jugendherberge. Daneben werden jedem Arbeiter ein Arbeitsanzug und ein Paar Arbeitsschuhe geliefert. Die Verköstigung und die Unterkunft wird von den jungen Menschen, die teilweise ein, zwei Jahre und noch länger arbeitslos waren, als gut und auskömmlich bezeichnet. Was fangen dagegen die jungen Leute mit der täglichen Varentschädigung von 50 Mark? Ist einer auch nur ein mäßiger Raucher, so dürften diese 50 Mark für Tabak oder Zigaretten kaum ausreichen, an den Kauf eines Glases Bier oder von Obst ist natürlich nicht zu denken. Und trotz dieser Verhältnisse halten diese jungen Bauarbeiter aus und tun bei der Arbeit ihre Pflicht, trotz darüber, für einige Wochen die furchtbare Not und die Sorge im Elternhaus nicht mehr ansehen zu müssen...

Nicht weit von diesem Bauwerk tummeln und erholen sich am schönen Strand von ihren Strapazen und ihrer schweren Arbeit“ die sogenannten Kur- oder Badegäste. Mancher dieser „Erholungsberechtigten“ dürfte mit einer Familie schon zum Frühlich mehr verkehrt haben, als eine ganze Schicht von 30 Bauarbeitern den ganzen Tag über als Entschädigung erhält. Vieles werden unter den „arbeitslosen“ Badegästen Männer sein, die dem freiwilligen Arbeitsdienst oder gar der Dienstpflicht das große Wort reden. Wenn alle diese Bestürmter beim „freiwilligen“ Arbeitsdienst für 50 Mark täglich und die noch nur vierzehn Tage ausbarren müßten, dann wäre es sofort Schluss mit der Ausknobelung solcher Spitzfindigkeiten...

Aber das ist die „gottgewollte Gesellschaftsordnung“ unter dem Motto: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben!“ Arbeiter, insbesondere ihre Bauarbeiter, wach endlich auf! Weg mit diesen unwürdigen Zuständen, weg mit dem freiwilligen Arbeitsdienst und der Dienstpflicht, her mit der Arbeit zu Tariflöhnen, zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen! Und hinein in die „Eiserne Front“ für die Befreiung der Arbeiterklasse, gegen Verklauung und Frontdienst!

D. Mühlberg.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund. Feststellungsergebnis vom 18. Juli 1932.

Table with 5 columns: Bezirk, Mitgliederzahl, Arbeitslose, Die Woche vorher. Lists various regions like Königsberg, Danzig, etc., with corresponding statistics.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geperert sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederbüllau (Lübeck), Baustelle Osthof Bischofsfeld bei Reinfelden wegen unverschämten Lohnabwärters...

Töpfer: Geperert sind: In Ermitzschau die Firma Bezinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Aus der Sozialgesetzgebung

Die Wartefrage beim Bezug von Krankengeld. Zu den Versicherungsleistungen, die die Anordnungen in der Krankenversicherung gebracht haben, gehört auch die Einführung der sogenannten Wartefrage beim Bezug von Krankengeld.

Bauarbeiter, hört zu!

Der Redner ist da, bei uns im Dorf. Der Redner, an seinem Antritt sehen wir, daß er Geist von unserem Geiste, und Blut von unserem Blute ist. Am Herzen trägt er die silbernen Pfeile: Freiheit ins Dorf! Das große Dorf der Bauarbeiter, in der Atmosphäre der neuen Großstadt...

Eintritts an. Besonderes Gewicht ist hierbei auf den Unterschied zwischen „Arbeitsunfähigkeitstag“ und „Krankheitstag“ zu legen. Darüber hinaus war den Krankenkassen durch die Bestimmungen des früheren § 191 die Möglichkeit gegeben, bei Betriebsunfällen und bei Krankheiten, die länger als eine Woche andauern oder zum Tode föhrt, das Krankengeld bereits vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an zu gewähren.

Wem gehört das Hausgeld aus der Krankerversicherung?

In sämtlichen Zweigen unserer Sozialversicherung herrscht der Rechtsgrundsatz, daß die Leistungen den Versicherten zukommen sollen, der anspruchsberechtigt ist. Ein anderer soll nicht die Auszahlung haben, deshalb ist auch allein der Versicherte empfangsberechtigter.

Steine und Menschen...

Die Steine reden: Wir wollen gesprengt und gemörtelt sein, Baut uns in eure Häuser hinein! Viel tausend Jahre schwebten ins Land, Sie huschten vorbei an der Felsenwand. Doch keines hat uns näher berührt, Hat uns zu Sinn und zu Zweck geführt!

jede Leistung nur der Versicherte, also das Kaffeemittelglied. Es gibt jedoch Leistungen in der Krankerversicherung, die zwar auch dem Versicherten zuzurechnen, bei denen es jedoch zweifelhaft ist, ob dieser nach dem Willen des Gesetzgebers auch ihre Auszahlung haben soll.

Aus den Bauergewerkschaften

Samburg. (Wie die Kapitalisten den „Wohlfahrtsstaat“ für sich auszunutzen wollen.) Kommt da kürzlich ein Herr ins Büro unserer Bauergewerkschaft. Man möge ihm helfen, 300 bis 400 Zerspararbeiter zu beschaffen, um ein großes Lohndortlager auszubauen.

Wifionen: Neue Sportplätze sind geschaffen.

Wifionen: Neue Sportplätze sind geschaffen. Mächtige Flughallen. Blaue Schauläden sind mit dem antiken Römertempel durch Land und Länder gegogen, politische Grenzen sind keine Hindernisse mehr. Groß-Europa ist in Arbeit, in Frucht, in Frieden und Freude! Kanalbauten. Das Wasser wird Straße und Kraft und Licht — Turbine und Glühbirne! Wo sind die Arbeitslosen? Keine mehr da! Aber Frei-Europa könnte noch einige Millionen Arme und Fäulnis mehr beschäftigen.

im-Haufe-Standpunkt" verhilft und ihnen eine Verschärfung der Ausbeutung ermöglicht, die den Arbeiter nicht nur seiner letzten Rechte beraubt, sondern auch wirtschaftlich der Verelendung preisgibt.

SA-Polizei auch in Klaggestalt. Der Naziminister Klages in Braunschweig hat nach dem Muster von Oldenburg ebenfalls eine „nationalsozialistische SA-Polizei" eingerichtet.

Man hat von den Nazis die Nase voll. Die Nazimehrheit in den Freistaaten Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und Anhalt sind, am Reichstagswahlresultat gemessen, bereits wieder verschwunden.

Terror und kein Ende! Wenn wir am Kopf unserer dieswöchigen politischen Rundschau über unerhörten Terror berichtet haben, so ist damit diese Liste bei weitem nicht erschöpft.

Allenstein. Unser Büro befindet sich nicht mehr Bahnhöfstr. 75, sondern Gartenstr. 16-17.

- Gedenktafel verdorbener Mitglieder. Genußh. Gustav Helzig, Stultfater, 65 Jahre alt. Dresden. Otto Ender, Maurer, 59 Jahre alt. Karl Stolle, Maurer, 70 Jahre alt.

Allenstein. Unser Büro befindet sich nicht mehr Bahnhöfstr. 75, sondern Gartenstr. 16-17.

Bücher u. Schriften

Stadtbauleitung und wachsendes Haus. Führende Kommunalpolitiker, wie Oberbürgermeister Dr. Zuppé, Müllenberg, haben mit gewissem Scheitern an der Stadtbauleitung der Reichsregierung, aus der Stadtbauleitung eine bürgerliche Organisation gegen die Gemeindefiskalpolitik zu machen, hingewiesen.

Ohne Beitragsleistung kein Fortschritt!

Für die Woche vom 7. bis 13. August ist der 33. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

arbeiten ohne besondere Geldkosten und Ernährungszuschüsse zur Ergänzung ihrer Unterhaltung nicht bewilligen können. Den Siedlern wurden daher entsprechende Beiträge gewährt.

Allgemeine Rundschau

Um die Arbeitszeitverkürzung. In der Tagung der Internationalen Vereinigung für Sozialistischen Fortschritt in London wurde auch das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit auf internationaler Basis behandelt.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Juristifiktiv. Verschiedene Baugewerkschaften senden die Formulare I und II irrftirlichweise an den Bundesvorstand. Das ist falsch.

Abhanden gekommene Ausweise. Gestohlen wurde in Riesa bei Dresden das Mitgliedsbuch Nr. 17823 des Kollegen Franz Vayer, übergebenen 1921 in Vorkport.

100x BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA-50g

Advertisement for dental products including 'Betten', 'Schachtmeister- und Polierschule', and 'Friz Ulrich'.

Advertisement for 'Teakholz-Waagen in höchster Vollendung!' with technical specifications.

Advertisement for 'Lest unser Bauwerk' featuring 'Zementkruze' and 'Kauft Kluft und Kelle von Arthur Capelle'.

Unterstellungen und imponieren gerade durch eine ihnen innewohnende Inparteilichkeit. Die Würde ihres Angerichts wird dadurch gesteigert, daß der Mäntler die von ihm verfolgte Arbeit nicht alleinmäßig durchführt.

Der Große Brochhaus. Handbuch des Wissens. In 20 Bänden. Verlag J. W. Brochhaus in Leipzig. Preis je Band in Reimen 28,00 M.

Lest den „Volksfunk“, das Organ des Arbeiter-Radiobundes!

Advertisement for 'Gewaltige Mengen Waren' with a list of products and prices.

Advertisement for 'Lest den „Volksfunk“, das Organ des Arbeiter-Radiobundes!' with a list of products and prices.